

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4196



Redaktion für Berlin und Schriftleitung:
Berlin O 28 61, Belle-Alliance-Platz 6
Telefon: Amt Dönhoff

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme mindestens 4 Bogen vor dem Druckbeginn, wenn nicht anders vereinbart. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 5. August 1930

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Monopolpreissenkung gegen Lohnabbau.

SPD. Berlin ist neben der Ruhr zum Sturmzentrum der deutschen Unternehmer für den Lohnabbau geworden. Die deutsche Arbeiterschaft muss klar erkennen, dass der Angestelltenabbau in Berlin auf derselben Linie liegt wie der Lohnabbau in der Eisenindustrie. Was aber in Berlin die Situation entscheidet, ist nicht die massenhafte Angestelltenkündigung als solche, sondern ihr klarerer Zweck, den allgemeinen Lohndruck in Deutschland durch eine Grossaktion in Berlin, auf die die Blicke des ganzen Reiches gerichtet sind, zu verstärken.

Wie an der Ruhr bei der Eisenindustrie, so ist auch in Berlin bei der Elektroindustrie der angeführte Grund, dass die Kündigungen durch die Rentabilitätsentwicklung notwendig seien, nachweisbar eine Unwahrheit. Wir brauchen uns nur zu erinnern, was aus der vergangenheit gegen diese Behauptung anzuführen ist: Siemens & Halske hat die letzte Dividende von 12 auf 14 % erhöht, Siemens-Schuckert von 9 auf 10 %. Die wirklichen Gewinne waren doppelt so hoch. Die letzten drei Jahre brachten eine 30%ige Umsatzsteigerung ohne Belegschaftsvermehrung. Bei der AEG gab es eine Dividendenerhöhung von 8 auf 9 %. In einem Jahr stieg der Umsatz um 16 %, die Belegschaft vermehrte sich nicht; 1928/29 war das beste Jahr der AEG seit der Inflation. In den letzten drei Jahren ist je Arbeiter und angestellter der Umsatz von 7700 auf 10 700 Mark bei der AEG gestiegen. Für die deutsche Elektroindustrie insgesamt hat Direktor Haller von Siemens kürzlich in einem Aufsatz festgestellt, dass der Produktenwert 1925 bis 1928 um 30 %, die Belegschaft sich aber nur um 16 % vermehrt hat. Das gilt, wie gesagt, im Durchschnitt für die deutsche Elektroindustrie; wie viel mehr für die grossen Betriebe Berlins.

Die Sache mit der bedrohten Rentabilität ist aber noch aus einem anderen Grunde eine Unwahrheit. Gerade in der Elektroindustrie spielen die sogenannten Weltmarktrohstoffe wie Kupfer, Blei, Zinn, Gummi bei der Materialbeschaffung eine sehr grosse Rolle. Allein die Nichteisenmetalle machen mehr als 50 % der reinen Produktionskosten aus. Es ist Herrn Siemens nicht eingefallen, von den riesenhaften Ersparnissen ein Wort zu sagen, die durch Preissturz dieser Rohstoffe eingetreten sind: Kupfer kostete im Juni 1930 pro 100 Kilogramm nur 105 Mark, statt 228 Mark im März vorigen Jahres, Blei nur 26 Mark gegen 57 Mark und zinn nur 269 Mark gegen 442 Mark; bei Gummi ist ein Preissturz auf fast ein Viertel eingetreten. Dabei steht fest, dass diese Ersparnisse noch Monate hinaus fort dauern werden. Natürlich gelten sie auch ausserhalb der Elektroindustrie; sie sind nur bei der Elektroindustrie am stärksten. Diese Ersparnisse sind als neuer Beweis dafür anzusehen, dass es bei den sozialen Kämpfen in Berlin nicht um Fragen der Rentabilität, sondern allein um die Frage des allgemeinen Lohndrucks geht.

Die Elektroindustrie, die auch ein sehr grosser Eisenverbraucher ist, hat - freilich ebenso wie die anderen Eisenverbraucher - mit keinem Wort bisher darauf hingewiesen, dass die Eisenpreissenkung in Deutschland absolut unzu-

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kirschinghaus, Berlin.
Telefon: Kurt Dönhoff 4196/4198



Adressen für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Cepedruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsabschluss, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 5. August 1930

Int. ins Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Monopolpreissenkung gegen Lohnabbau.

SPD. Berlin ist neben der Ruhr zum Sturmzentrum der deutschen Unternehmer für den Lohnabbau geworden. Die deutsche Arbeiterschaft muss klar erkennen, dass der Angestelltenabbau in Berlin auf derselben Linie liegt wie der Lohnabbau in der Eisenindustrie. Was aber in Berlin die Situation entscheidet, ist nicht die massenhafte Angestelltenkündigung als solche, sondern ihr klarer Zweck, den allgemeinen Lohndruck in Deutschland durch eine Grossaktion in Berlin, auf die die Blicke des ganzen Reiches gerichtet sind, zu verstärken.

Wie an der Ruhr bei der Eisenindustrie, so ist auch in Berlin bei der Elektroindustrie der angeführte Grund, dass die Kündigungen durch die Rentabilitätsentwicklung notwendig seien, nachweisbar eine Unwahrheit. Wir brauchen uns nur zu erinnern, was aus der vergangenheit gegen diese Behauptung anzuführen ist: Siemens & Halske hat die letzte Dividende von 12 auf 14 % erhöht, Siemens-Schuckert von 9 auf 10 %. Die wirklichen Gewinne waren doppelt so hoch. Die letzten drei Jahre brachten eine 30%ige Umsatzsteigerung ohne Belegschaftsvermehrung. Bei der AEG gab es eine Dividendenerhöhung von 8 auf 9 %. In einem Jahr stieg der Umsatz um 16 %, die Belegschaft vermehrte sich nicht; 1928/29 war das beste Jahr der AEG seit der Inflation. In den letzten drei Jahren ist je Arbeiter und Angestellter der Umsatz von 7700 auf 10 700 Mark bei der AEG gestiegen. Für die deutsche Elektroindustrie insgesamt hat Direktor Haller von Siemens kürzlich in einem Aufsatz festgestellt, dass der Produktenwert 1925 bis 1928 um 30 %, die Belegschaft sich aber nur um 16 % vermehrt hat. Das gilt, wie gesagt, im Durchschnitt für die deutsche Elektroindustrie; wie viel mehr für die grossen Betriebe Berlins.

Die Sache mit der bedrohten Rentabilität ist aber noch aus einem anderen Grunde eine Unwahrheit. Gerade in der Elektroindustrie spielen die sogenannten Weltmarktrohstoffe wie Kupfer, Blei, Zinn, Gummi bei der Materialbeschaffung eine sehr grosse Rolle. Allein die Nichteisenmetalle machen mehr als 50 % der reinen Produktionskosten aus. Es ist Herrn Siemens nicht eingefallen, von den riesenhaften Ersparnissen ein Wort zu sagen, die durch Preissturz dieser Rohstoffe eingetreten sind: Kupfer kostete im Juni 1930 pro 100 Kilogramm nur 105 Mark, statt 228 Mark im März vorigen Jahres, Blei nur 26 Mark gegen 57 Mark und Zinn nur 269 Mark gegen 442 Mark; bei Gummi ist ein Preissturz auf fast ein Viertel eingetreten. Dabei steht fest, dass diese Ersparnisse noch Monate hinaus fort dauern werden. Natürlich gelten sie auch ausserhalb der Elektroindustrie; sie sind nur bei der Elektroindustrie am stärksten. Diese Ersparnisse sind als neuer Beweis dafür anzusehen, dass es bei den sozialen Kämpfen in Berlin nicht um Fragen der Rentabilität, sondern allein um die Frage des allgemeinen Lohndrucks geht.

Die Elektroindustrie, die auch ein sehr grosser Eisenverbraucher ist, hat - freilich ebenso wie die anderen Eisenverbraucher - mit keinem Wort bisher darauf hingewiesen, dass die Eisenpreissenkung in Deutschland absolut unzu-

reichend und die Senkung der übrigen gebundenen Preise eine absolute Notwendigkeit ist, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Herr von Siemens und seine Unternehmerngenossen könnten darauf hinweisen und müssten das tun im eigenen Interesse, aber dann könnte ja die Einheitsfront für den Lohndruck gefährdet werden, der Lohndruck ist wichtiger als die Monopolpreissenkung. Noch immer sind in Deutschland folgende Tatsachen viel zu wenig beachtet worden: gegenüber den Haussepreisen vom Mai 1928 (1913 = 100 gesetzt) sind die Metalle bis zum Juli 1930 gesunken von 104,4 auf 84 %, die Textilien von 167,1 auf 104 %, Häute und Leder von 156,2 auf 107,6 %, Rohgummi von 25,3 auf 16,8 %. Das alles sind Rohstoffe, deren Preis vom Weltmarkt abhängt und von Kartellen nicht hochgehalten werden konnte. Dagegen sind die deutschen kartellierten Rohstoffe unvergleichlich viel weniger gesunken und, was man nicht für möglich halten sollte zum Teil gegenüber den Haussepreisen vom Mai 1928 (!) bis zum Juli 1930 noch gestiegen: so sanken die Baustoffe nur von 160 auf 147,1 %, Papierstoffe und Papier nur von 148,3 auf 143,5 %, Eisenrohstoffe und Eisen nur von 127,9 auf 125,4 %. Gleichzeitig sind aber noch gestiegen, was nicht genug betont werden kann, Kohle von 131,4 auf 136 %, Chemikalien von 125,8 auf 126,2 % und Oele gar von 118,1 auf 127,8 % !! Hier sind noch gewaltige Konjunkturreserven verborgen, die auf eine Regierung warten, die diese Reserven flüssig macht und nicht nur den Abbau der Kartellpreise mit Worten fordert. Von diesen Reserven haben Herr von Siemens und seine Unternehmerngenossen, die sie genau so gut kennen wie wir, bisher noch kein Wort gesagt. Dafür waren sie zu - vorsichtig !

Aber wir wollen das Bild noch etwas abrunden. Wir wollen den Monopolpreisskandal beim Eisen noch etwas deutlicher beleuchten als es bisher geschehen ist. Auf dem Eisenweltmarkt hat sich die Konkurrenz so verschärft, dass die Internationale Rohstahlgemeinschaft zusammengekracht ist. In Deutschland aber wurde eine Eisenpreissenkung durchgeführt, deren Geringfügigkeit im Verhältnis zum Weltmarkt ein Skandal ist, der nur grösser wird dadurch, weil die darunter Leidenden schweigen: innerhalb ganz weniger Wochen ist auf dem Weltmarkt (Angaben von Antwerpen) der Preis für die Tonne Formeisen gesunken von 101,50 Mark auf 96 Mark. In Deutschland kostet aber heute die Tonne Formeisen 134 Mark!, Stabeisen sank von 107,50 auf 90 Mark, - Preis für Deutschland 137 Mark!!, Bandeisen sank von 120 auf 105 Mark, Preis in Deutschland 159 Mark!, Grobbleche sanken von 129 auf 112,50 Mark, - Preis in Deutschland 153 Mark!, Mittelbleche sanken von 132,50 auf 114 Mark, - Preis in Deutschland 160 Mark!. Also in Deutschland seinerzeit Preissenkungen von 3 bis 5 Mark, gegen Preissenkungen auf dem Weltmarkt bis zu 18 Mark je Tonne; dabei liefert aber dieselbe deutsche Eisenindustrie, die das Inland so ausbeutet, für den Weltmarkt zu den gleichen Preisen wie die ausländische Konkurrenz. Die Avirückvergütung, von der die Konkurrenzfähigkeit bei der weiterverarbeitenden Industrie abhängt, sind bei Preissenkungen auf dem Weltmarkt bis zu 18 Mark je Tonne nur um ganze 1, 3, 4 und 5 Mark je Tonne erhöht worden.

So ist man auf dem Wege, während nichts so notwendig ist als die Erhaltung der im Inland noch vorhandenen geringen Kaufkraft, diese an sich schon so gedrosselte Kaufkraft durch offenen und versteckten Lohndruck weiter zu senken, während gleichzeitig durch die Hochhaltung der Monopolpreise die Voraussetzungen zerstört werden, auf dem Weltmarkt mit unseren weiterverarbeitenden und so überaus arbeitsintensiven Industrien konkurrenzfähig zu bleiben. Bei dem Abwehrkampf der Lohnabbauversuche in Berlin, die nur die Form von Kündigungen und Entlassungen haben, geht es beileibe nicht nur um einen Lohnkampf. Die Arbeiterschaft und Angestelltenschaft führt hier einen Abwehrkampf, der auch ein Weg aus der Krise werden muss.

SPD, Prag, 5. August (Eig. Bericht)

Ein eigenartiges Jubiläum hat dieser Tage, wie das sozialdemokratische "Pravo Lidu" in Prag zu berichten weiss, der tschechoslowakische Finanzminister Dr. Englisch feiern können: Es war seine 50. Demission. Woche für Woche sendet er dem Ministerpräsidenten sein Demissionsgesuch. Alle Gesuche werden stillschweigend ins Archiv gelegt. Wenn Englisch in einem Koalitionsblatt kritisiert wird oder einen Streit mit seinen Ministerkollegen hat, demissioniert er. Deshalb nimmt man seine Demissionsgesuche nicht mehr ernst. In Prager politischen Kreisen sieht man zur Zeit dem 51. Demissionsgesuch des Herrn Englisch entgegen.

SPD, Paris, 5. August (Eig. Drahtb.)

Der Streik im nördlichen Industrie-Revier breitet sich unaufhaltsam weiter aus. Der sozialistische "Soir" meldet, dass die Zahl der Streikenden seit Montag um 10 000 Mann zugenommen habe.

An der belgischen Grenze haben sich in der Nacht zum Montag und am Dienstagmorgen schwere Zwischenfälle ereignet. Die Streikenden empfangen wiederholt belgische Streikbrecher, die in Autobussen von der Arbeit über die Grenze zurücktransportiert werden sollten, mit Steinwürfen. Mehrere belgische Arbeiter und Arbeiterinnen wurden verletzt. Infolge dieser Zwischenfälle kam es schliesslich zu Zusammenstössen zwischen belgischer und französischer Gendarmerie und Demonstranten. Auf beiden Seiten waren mehrere Leichtverletzte zu verzeichnen. Ausserordentlich heftig waren die Zusammenstösse in der Nacht zum Dienstag als grössere Trupps belgischer Arbeiter über die Grenze zurückgeschafft werden sollten.

In Lille kam es am Dienstag vormittag ebenfalls zu Zusammenstössen, als Streikende den Direktor einer dortigen Fabrik am Betreten seines Betriebes hindern wollten. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

SPD, Der Mitbegründer der Staatspartei Herr Arthur Mahraun arbeitet eifrig an der Umwertung aller Werte und aller politischen Begriffe. Er ist ungemein fruchtbar - hat er doch spielend die Aufgabe gelöst, zugleich Antisemit und Philosemit zu sein. Das ist sehr einfach: für die Jungdeutschen ist er rassestreng - für die Staatspartei aber von maximaler Toleranz in Rassenfragen. Er hat in seinem Blatte einen Aufsatz veröffentlicht: "Meine Stellung zum Judentum". Wie alles Jungdeutsche, zeichnet sich der Aufsatz dadurch aus, dass der Nachsatz immer den Vordersatz aufhebt. Herr Mahraun erklärt:

"Verschiedene Zeitungen veröffentlichen einen Brief, in dem ich einem besorgten Freunde die Versicherung abgab, dass sich die Volksnationale Reichsvereinigung selbstverständlich energisch gegen alle diejenigen Juden zur Wehr setzen werde, welche an den Grundsätzen unserer christlichen und deutschen Kultur rütteln wollen. Andere Zeitungen bezeichnen das Vorhandensein des sogenannten Arierparagraphen, der eine der Grundlagen des Jungdeutschen Ordens ist, als Antisemitismus. Der Jungdeutsche Orden lässt an dieser Grundlage seiner Mitgliedschaft nicht rütteln."

Das ist doch klar und entschieden? Sofort erklärt Herr Mahraun hinterher: "Unbeschadet unserer völkischen Gesinnung bekämpfen wir schon aus Gründen der nationalen Einheit und Befriedung des deutschen Volkes den demagogischen Antisemitismus unserer Zeit."

Welch ein feiner Unterschied zwischen Antisemitismus und "demagogischem Antisemitismus"! Die jüdischen Mitglieder der Deutschen Staatspartei sind zur Partei zugelassen. In ihrer Partei aber gibt es eine besondere arische Organisation, einen Klub der Auserlesenen, auf dessen Machtstellung Herr Mahraun

schon mehrfach gepocht hat. Das sind die Mitglieder erster Klasse, und an den Grundlagen dieses arischen Klubs will Herr Mahraun nicht rütteln lassen. Die Mitglieder zweiter Klasse dürfen vielleicht für die neue Partei zahlen - aber in den Klub der Erstklassigen dürfen sie nicht hinein; denn über ihm steht wie über dem Versammlungsanzeiger der Hakenkreuzler: Juden haben keinen Zutritt.

SPD. Angora, 5. August (Eig. Bericht)

In Konstantinopel sind dieser Tage wieder fünf Tabakarbeiter der staatlichen Fabrik in Dschubali verhaftet worden, denen ein Hochverratsprozess angehängt werden wird.

Die Arbeiter sollen versucht haben, zum 1. August eine antimilitaristische Kundgebung der Konstantinopeler Tabakarbeiterschaft zu organisieren. Der Inhaber eines Kaffeeausschanks an Bord eines Schiffes der staatlichen Handelsmarine hat angeblich als Verbindungsmann zwischen den Verhafteten und ihren Hintermännern fungiert und aus Smyrna antimilitaristische Aufrufe besorgt, die bei den Verhafteten vorgefunden worden sein sollen. Die offiziöse türkische Presse bezeichnet die Verhafteten als Kommunisten, die umstürzlerische Propaganda getrieben haben, wie in der Türkei jeder, der sich mit dem gegenwärtigen Regime nicht einverstanden zeigt, sofort zum Kommunisten gestempelt und als solcher mit allen Mitteln verfolgt wird. Nach unseren Informationen sind die Verhafteten politisch nicht festgelegt. Das Verbrechen, das sie begangen haben, besteht u.W. darin, dass sie es offen abgelehnt haben ihre Haut in einem neuen Orientkrieg zu Markte zu tragen.

SPD. Paris, 5. August (Eig. Drahtb.)

Wieder einmal ist in Paris ein hoher Funktionär aus den Sowjet-Diensten brüsk entlassen worden. Es ist der Chefbuchhalter der Technischen Sektion der russischen Handelsvertretung in Paris, Fainberg. Er war einer der Hauptzeugen im Litwinow-Prozess und mit dem Bruder des Sowjetkommissars befreundet. Fainberg hatte in dem Prozess scharfe Angriffe gegen Litwinow gerichtet, die ihm beim Amtsantritt des neuen Aussenkommissars eine Zitierung nach Moskau einbrachten. Da Fainberg sich aus begreiflichen Gründen weigerte, der Einladung Folge zu leisten, musste er von seinem Posten scheiden.

SPD. Der schwerindustrielle Kommerzienrat Röchling-Saarbrücken, der seit Jahren immer wieder das Bedürfnis hat irgend eine politische Rolle zu spielen, hat sich in dem Krach zwischen Deutscher Staatspartei und Deutscher Volkspartei höchst persönlich und dazu telegraphisch als Vermittler angeboten. Sein Telegramm an die Herren Scholz und Höpker-Aschoff als Vertreter des Herrn Koch lautet:

"Unter Hinweis auf die Vorschläge der "Kölnischen Zeitung" habe ich mich bereit erklärt zur Vermittlung zwischen Volkspartei und Staatspartei, wenn beide Teile mich darum angehen sollten."

Inwieweit die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Staatspartei Herrn Röchling "angehen" werden, wissen wir nicht. Röchling ist ein schwerindustrieller und gerade nicht als Arbeiterfreund bekannter Unternehmer. Insofern kann über die Tendenz seiner Vermittlerabsicht kein Zweifel bestehen. Sie passt zu unserer bisherigen Charakteristik der bürgerlichen Mitte

SPD. Schwerin, 5. August (Eig. Drahtb.)

Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer sprach hier am Dienstagabend in einer Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Volkspartei. Am Sonntag wird sich der Wahlkreisparteitag der Deutschen Volkspartei für Mecklenburg-Lübeck über eine eventuelle Spitzenkandidatur Moldenhauers schlüssig werden. Die Schweriner Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei opponiert gegen Moldenhauer.

SPD. Bern, 5. August (Eig. Drahtb.)

An der schweizerisch-französischen Grenze haben grosse Wassermassen des Flüsschens Foron mehrere Dörfer überschwemmt und zerstört. Die Wassermassen unterhöhlten teilweise auch die Eisenbahn. Der Schaden an dem Bahnhof Anemasse wird auf eine halbe Million Schweizer Franken geschätzt. Das Dorf Juvigny ist vollständig zerstört. Die Bewohner sind obdachlos.

SPD. Hamburg, 5. August (Eig. Drahtb.)

Ein gewisser Erich Stettinski sollte sich vor dem Altonaer Schöffengericht wegen Beleidigung verantworten. Vor Eintritt in die Verhandlung verlangte der Angeklagte festzustellen, ob Jesuiten, Juden oder Freimaurer unter den Richtern seien. Das Gericht unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Hoffmann tat dem Angeklagten tatsächlich den Gefallen und stellte nach längerer Beratung fest, dass unter den Richtern einer sei, dessen Vater Jude war, der selbst aber der jüdischen Kirche nicht mehr angehört. Diese Feststellung veranlasste den Angeklagten, den Richter wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen. Das Gericht beschloss, diesem Antrag stattzugeben mit der Begründung, dass dies für die Sache des Angeklagten vielleicht von Bedeutung sein könne. Da kein Ersatzrichter zur Stelle war, wurde die Verhandlung vertagt.

SPD. Das parteiamtliche Organ der Deutschen Volkspartei bestätigt in seiner Mittwochausgabe, dass den für Donnerstag anberaumten Besprechungen zwischen Herrn Scholz und Herrn Koch-Weser keine besondere Bedeutung zukommt. Es handelt sich nur um eine Aussprache von "Mensch zu Mensch". Die Haltung der Volkspartei sei durch deren Reichsausschuss einstimmig festgelegt worden und daran habe sich nichts geändert.

"Die Deutsche Volkspartei würde jedoch - so heisst es in der parteiamtlichen Auslassung zum Schluss - mit grosser Befriedigung davon Kenntnis nehmen, wenn die Staatspartei an den eingeleiteten, erfolversprechenden Verhandlungen über die Bildung einer grossen Front teilnehmen würde."

Das ist eine klare Absage an die Rufer nach einer Verschmelzung zwischen der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei. Die Volkspartei wünscht zunächst nicht mehr als einen "Burgfrieden" und zwar mit der Staatspartei auch nur dann wenn Westarp und Treviranus gleichzeitig mitmachen. Wertvoller als die Bundesgenossenschaft der Staatspartei ist ihr die der "Konservativen Volkspartei". Der Drang der Volkspartei nach rechts ist unerschütterlich! Und das Ende?

SPD. Paris, 5. August (Eig. Drahtb.)

Dem französischen Botschafter in der Schweiz wurde am Dienstag die Antwort der Schweiz auf die Rundfrage Briands überreicht.

Das Memorandum, das als letztes der 26 befragten Staaten antwortet, gibt

dem Willen Ausdruck, der europäischen Organisation unter der Voraussetzung beizutreten, dass die Neutralität der Schweiz weder geschmälert noch berührt wird. Sie erklärt ferner, dass die europäische Union ihr Ziel nur dann erreichen könne, wenn sie eine genügende Zahl europäischer Staaten in sich vereine und nur dann wirksame Arbeit verrichtet werden könne, wenn sie in keiner Weise die Aktivität des Völkerbundes beeinträchtige. - Der Wortlaut der Note wird am Donnerstag veröffentlicht.

SPD. Köln, 5. August (Eig. Drahtb.)

In Köln wurden 2 Polizeibeamte ihres Amtes enthoben. Der eine, ein Polizeimeister ist überführt, mehrfach Polizeikostenmarken von alten Akten abgenommen und wieder verwendet zu haben. Das Geld hat er für sich verwandt. Der andere, ein Kriminalassistent ist überführt, aus den Taschen eines Mannes, der bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückte, 32 Mark an sich genommen, aber nur 3 Mark abgeführt zu haben.

SPD. Lugano, 5. August (Eig. Drahtb.)

Der an den Bombenattentaten in Preussen beteiligte Kappphengst, dem u.a. auch die Teilnahme an dem Anschlag auf den Reichstag zur Last gelegt wird, hat sich bei seinem Verhör vor der Polizei in Lugano seiner Ausweisung mit der Begründung widersetzt, dass er ausschliesslich politische Vergehen begangen habe. Kappphengst, dem auf seiner Reise nach dem Tessin ein deutscher Kriminalbeamter folgte, hatte vor seiner Verhaftung in Basel eine Zusammenkunft mit rechtsradikalen politischen Freunden. Briefe, die bei ihm gefunden wurden, beweisen, dass Kappphengst ein neues politisches Attentat geplant hat.

SPD. Kopenhagen, 5. August (Eig. Drahtb.)

Die Organisation der dänischen Volksschullehrer beschloss, von der Regierung die Aufhebung der kirchlichen Schulaufsicht und deren Ersetzung durch eine pädagogische Aufsicht zu fordern. Der dänische Unterrichtsminister wird dem Parlament bereits im Herbst eine entsprechende Gesetzesvorlage unterbreiten

SPD. Vancouver, Kanada, 5. Aug. (Eig. Ber.)

Die kanadischen Behörden haben nach einer Erklärung des kanadischen Ministers für Einwanderung und Kolonisationsfragen Massnahmen ergriffen, um die Einwanderung amerikanischer Arbeitsloser zu verhindern. Die Bestimmungen sind nicht nur erlassen worden, um ein Anschwellen der kanadischen Arbeitslosigkeit zu verhindern, sondern auch um die in Vorbereitung befindliche Arbeitslosenunterstützung ausschliesslich kanadischen Bürgern zu gute kommen zu lassen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Wo ist die Demagogie?

SPD. Das Zentrum hat erregt und laut Klage über Angriffe in der sozialdemokratischen Presse geführt, die es als unsachlich bezeichnet. In Zentrumsflugblättern wird behauptet, dass die Sozialdemokratie Feindin der Religion sei und die religiösen Gefühle der Katholiken verletze. Die Beweise für solche Behauptungen sind nicht zu erbringen. Wohl aber lässt sich erweisen, dass von gewisser katholischer Seite eine systematische Hetze gegen die Sozialdemokratie und ihre Einrichtungen geführt wird, die in einzelnen ihrer Ausschreitungen alles Vorstellbare übersteigt.

Ist der Feldzug des der Bayerischen Volkspartei angehörenden bayerischen Kultusministers gegen die Kinderfreundebewegung nicht ein Stück dieses gehässigen Kampfes? Die bayerische katholische Presse aber verbreitet im Zusammenhang mit diesem Feldzug gegen die Einrichtungen der Kinderfreunde Verleumdungen, die man schon nicht anders als hundsgemein bezeichnen kann. Der "Bayrische Kurier" zum Beispiel schreibt:

"Der bekannte Franziskanerpater Fischer, ein genauer Kenner der Kinderfreundebewegung, schrieb in seiner Schrift über die Kinderfreundebewegung in Deutschland: Ich weiss Fälle, wo sozialistische Eltern erklärten: Nein, in jene Kinderfreundegruppe schicke ich meine Kinder nicht, weil sie dort in wenigen Wochen geschlechtskrank werden. Ich kenne ferner Orte, wo sich seit dem Fortanschreiten der Kinderfreunde- und Falkenbewegung unter den Kindern die Syphilisfälle unheimlich vermehren."

So zu lesen im "Bayrischen Kurier" vom 3. August 1930. Beweise für diese ungeneuerlichen Behauptungen gibt es natürlich nicht. Man kann die schmutzigen Burschen, die derartige widerliche Verleumdungen verbreiten, angesichts der Allgemeinheit ihrer Behauptungen leider nicht vor Gericht ziehen, ebensowenig jene Zeitungen, die aus demagogischen Gründen diese Behauptungen weiter verbreiten. Es würde ihnen schwer fallen, vor Gericht ihre Behauptungen zu beweisen. So muss es genügen, diese Verleumdungen niedriger zu hängen. Je allgemeiner sie bekannt werden, um so allgemeiner wird auch die Überzeugung werden, dass eine Einrichtung, die mit so widerlich verlogenen Mitteln arbeitet, sich selber schändet!

Schwärzestes Bayern.

Vor kurzem wurde in der Öffentlichkeit bekannt, wie die Münchener Polizeibehörde einem Oberwachtmeister, der die geschiedene Frau eines Polizeiassistenten heiraten wollte, die Heiratserlaubnis verweigert. Man nahm damals mit Bedauern davon Kenntnis, dass im Eingabenausschuss des bayerischen Landtags darüber nur eine Stimme der Empörung herrschte und dass der Ausschuss beschloss die Eingabe des Mannes, der um die Heiratserlaubnis nachsuchte, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Man hat jedoch den bayerischen Landtag überschätzt. Inzwischen hat der kirchliche Einfluss sich geltend gemacht, der das kirchliche Recht über die staatlichen Gesetze gestellt wissen wollte, und das Plenum des bayerischen Landtags hat nunmehr mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei und des Bauernbundes die Überweisung der Eingabe zur Berücksichtigung abgelehnt.

Der Oberwachtmeister der bayerischen Polizei kann weiter mit der Frau, die ihm bereits drei Kinder geboren hat, in wilder Ehe zusammenleben - das erträgt die bayerische Polizei. Aber dass er die Mutter seiner Kinder heiratet -

das erträgt die bayerische Polizei nicht. Denn das ist zwar wohl eine Forderung des einfachsten menschlichen Anstandsgefühls - aber es verträgt sich nicht mit dem katholischen Sittenrecht, das die Ehe mit einer geschiedenen Frau verbietet. Die zuständigen bayerischen Behörden verfahren so, als ob nicht die Staatsgesetze, sondern das kanonische Recht in Bayern in Gültigkeit wäre.

Hilfe, ein nacktes Weib!

Auf dem Schillerplatz in Mainz erhebt sich das Befreiungsdenkmal, ein erwachendes Weib in monumentalem Stile. Der Reichspräsident von Hindenburg hat das Denkmal eingeweiht, aber die katholische Geistlichkeit steht murrend beiseite. Sie veröffentlicht jetzt eine Kundgebung, in der es heisst: "Als Katholiken müssen wir das Denkmal nicht bloss vom ästhetischen, sondern auch vom religiösen Standpunkt aus bekämpfen und als öffentliches Denkmal ablehnen. Keine sittsame christliche Frau wird sich in einer solchen Entblössung zeigen, aber man hält es für unbedenklich, an einem verkehrsreichen Platze eine nackte Frauengestalt in Stein darzustellen!" Das alte Lied! Ist nun eigentlich der Reichspräsident weniger sittlich als die katholische Geistlichkeit?

Freunde der Fememörder.

Der Fememörder Heines, der bei Hitler Unterschlupf gefunden hat, reist in Bayern umher und lässt sich für 30 Pfg. Eintritt pro Person bewundern. Ausstellung eines lebenden Mörders - das geht doch noch übers Panoptikum! Dieser Mann, über dessen Art und Charakter kein Wort weiter verloren zu werden braucht, sprach in einer Versammlung in Schweinfurt: "Die Kommunisten seien ihm viele tausend Male lieber als die Sozialdemokraten." Dieser Ausspruch ehrt uns so sehr, wie er die Kommunisten schändet. Freunde der Fememörder - das haben sie reichlich verdient. Haben sie doch für die Amnestierung dieser Mordbestien gestimmt.

Seine Majestät Franz der Erste.

Der Stahlhelm hat eine Vergnügungsreise nach Norwegen veranstaltet. Die illustrierte Beilage der Stahlhelmzeitung veröffentlicht nun eine Serie von Bildern über diese Fahrt. Unterschrift der Bilder: Der Bundesführer geht ans Land, der erste Bundesführer mit den Vertretern der norwegischen Frontkämpfer, der erste Bundesführer mit norwegischen Schönen, der erste Bundesführer in einer Spalte des Kjendalsgletschers, Ortsgruppe Cuxhaven begrüsst den ersten Bundesführer bei der Heimkehr.

Der erste Bundesführer, der erste Bundesführer, der erste Bundesführer: Seine Majestät Franz der Erste vom Stahlhelm haben höchstselbst geruht, das Land Norwegen, seine Schönen und seine Gletscherspalten mit höchstseiner Gegenwart zu beehren.

Der Stahlhelm am Rhein.

Die Stahlhelmzeitung veröffentlicht eine Aufforderung zur Teilnahme an einem Stahlhelmtag am Rhein. Die Aufforderung ist unterzeichnet: "Im Auftrage der Leitung des 11. RFST am Rhein 1930 Horstjoachim Jährig, cand. phil., kommandiert zum Organisationsstab." Die Unterschrift zeigt unfreiwillige Komik, noch viel mehr aber der Inhalt des Aufrufs. Da heisst es: "Ungeahnte unvergessliche Freuden erwarten die Kameraden am Rhein. Das sei der Dank und der Lohn zugleich für ein langes Jahr harter Stahlhelmarbeit." Horstjoachim Jährig, cand. phil., spricht zu den Seinen wie Mohamed zu den Gläubigen, als er ihnen die Freuden des Paradieses und seiner Huris als Dank und Lohn für ihre kriegerische Tätigkeit für den Islam anpries. "Ungeahnte unvergessliche Freuden" - an den Rhein, an den Rhein, zieh' nicht an den Rhein, mein Sohn, ich rate Dir gut!

Aus aller Welt

Die Millionärin als Mörderin.

Blutige Rache einer enttäuschten Liebhaberin.

SPD. Eine Frau im Hermelinpelz hat einen Mord begangen. Sie erschoss in einem Pariser Vorort die Gattin ihres Liebhabers. Dann stellte sich die Mörderin der Polizei. Paris ist um ein Liebesdrama reicher.

Die Mörderin, eine hysterische junge Frau von raffinierter Schönheit, ist Millionärin, heisst Lady Owen und stammt aus einer sogenannten hochachtbaren englischen Familie. Der eigentliche Schuldige: ein reicher Pariser Arzt namens Gastaud, Besitzer einer Klinik für die Malheurlichen der oberen Zehntausend. Das Opfer: die Gattin des Arztes, eine bescheidene, nicht mehr ganz junge Frau, die draussen einsam und verlassen in einem Villenort lebte. Lady Owen war, wie man sagt, eine "grosse Dame". An der Riviera, in den Luxushotels in Paris führte sie, von materieller Sorge unbeschwert, ein herrliches Dasein. Da sie keine Sorgen hatte, machte sie sich welche. Sie litt an einer eingebildeten Krankheit, suchte einen Arzt auf und liess sich von ihm "behandeln". Erfolg: ein Kind, das die schöne Mörderin jetzt unter dem Herzen trägt. Um die Liebesbande mit dem Arzt Dr. Gastaud fester zu knüpfen, brachte sie ihn in finanzielle Abhängigkeit. Sie drohte ihn zu blamieren, falls er sich nicht scheiden liesse und sie heirate. Dr. Gastaud zahlte das geliehene Geld in kümmerlichen Raten zurück und setzte dann die reiche Geliebte vor die Tür...

Lady Owen richtete sich nun nach der neuesten Pariser Mode in derartigen Dingen. Sie kaufte sich einen Revolver, stieg in ihr Auto und fuhr hinaus zur Villa, die die Frau des Arztes bewohnte. Frau Dr. Gastaud öffnete selbst - schon krachten Schüsse - zu Tode verletzt brach das Opfer zusammen.

Lady Owen steckte den Browning ein und fuhr mit ihrem Wagen zur nächsten Polizeiwache. Hier gestand sie ihre Tat zu, wählte sich einer der tüchtigsten Pariser Rechtsanwälte als Verteidiger und liess sich in Untersuchungshaft abführen. Da sitzt sie nun, indes die Psychiater an Gutachten arbeiten, um die mangelnde Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten herauszukonstruieren. Im Herbst kommt dann der "sensationelle" Prozess, und die Boulevard-Presse freut sich heute schon auf die fetten Ueberschriften, die diese "dicke Sache" liefert.

+ + +
Der SPD-Tonfilm! In Berlin ist am Dienstag der erste sozialdemokratische Tonfilm uraufgeführt worden. Sein Titel ist "Die Sozialdemokratie im Reichstags-Wahlkampf". In ihm tritt als erster Redner Reichsarbeitsminister a.D. Dr. h.c. Wissel auf, der die sozialdemokratischen Wahlforderungen prägnant formuliert: Schutz den Arbeitslosen, den Wöchnerinnen, den Frauen, der Jugend, den Kindern, allen Arbeitenden! Der Finanzsachverständige der SPD, Dr. Paul Hertz zeigt in eindringlichen Sätzen die Schuld der bürgerlichen Parteien an der Zerrüttung der deutschen Finanzen. Nicht die Aermsten, sondern die Besitzenden müssten zur Zahlung der Lasten herangezogen werden. Schliesslich berichtet Rudolf Breitscheid, was die Regierung Hermann Müller innen- und aussenpolitisch für das Volk bedeutete, wie die Koalition des sozialdemokratischen Kanzlers von der Reaktion gesprengt wurde und wie Brüning ans Ruder kam. Wie Hertz, so fordert Breitscheid zum Schluss seiner Darlegungen auf, zum Schutz der Verfassung, zum Schutz der Republik, zum Schutz des schaffenden Deutschland am 14. September Liste I, die Liste der Sozialdemokratie, zu wählen. Kampfbegei-

stert und siegesgewiss erschallen nach diesen Worten die festlichen Töne "Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" wie ein Gelöbniß. Unzählige werden den Film sehen und hören, möge er auch Unzählige für die Sache die Sozialdemokratie werben!

+ + +
Eine antitelegraphische Verschwörung. Der Direktor der Telegraphen- und Telefonverwaltung der ehemaligen deutschen Kolonie Deutsch-Südwestafrika ist sein Handwerk leid geworden. Seine Sorgen sind so gross, dass er beim Generalgouverneur von Südafrika die vollständige Abschaffung des gesamten Netzes mit der Begründung beantragt hat, dass seine weitere Instandhaltung unmöglich ist. Auch sein Personal scheint die Lust an der unfruchtbaren Arbeit verloren zu haben und beschäftigt sich nach den Angaben seines Chefs während der Dienstzeit nur noch mit der allerdings einträglicheren Diamantensuche. Diese Verzweiflung hat immerhin berechtigte Gründe, denn Menschen und Tiere Südwest-Afrikas haben sich anscheinend zur Vernichtung des Materials der Verwaltung verschworen. Unter den Eingeborenen ist die Meinung verbreitet, die Leitungsdrähte seien zu Gratisarmbändern für sie, ihre Frauen und Kinder bestimmt. Die Affen glauben, dass sie akrobatische Übungen an den Drähten abhalten können, während die Giraffen sie als unbequeme Hindernisse auf dem Weg mit ihrem langen Hals zerreißen. Die gefährlichsten Saboteure bleiben die Elefanten, die scheinbar aus Bosheit systematisch jeden Pfahl unerbittlich aus der Erde reißen.

+ + +
Siegfried Wagners Bestattung. Siegfried Wagner wird am Freitag mittag auf dem städtischen Friedhof in Bayreuth beigesetzt werden. An der Beerdigungsfeierlichkeit werden sich das Bayreuther Festspielorchester und der Festspielchor beteiligen.

+ + +
Explosion und Hauseinsturz. In der Nacht zum Dienstag kam es in der Autoreparaturwerkstätte eines Karlsruher Hauses zu einer Explosion von Benzingasen. Das Haus stürzte zusammen, ein Ehepaar wurde unter den Trümmern begraben und getötet.

+ + +
Hitze-Katastrophe in USA. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika herrscht furchtbare Hitze und Dürre. Millionenwerte an Getreide sind vernichtet, die Wiesen ausgetrocknet, die den Städten zuzuführenden Milchmengen infolgedessen bereits verknappt. Das Thermometer zeigt überall eine Mindesthöhe von 38 Grad Celsius. Die Gefahr einer völligen Missernte ist geradezu katastrophal. Die Weizenfarmer nutzen die Trockenheit für ihre Geschäftszwecke aus, indem sie in Zeitungen und Radio den Farmern des ganzen Staates erzählen, dass Weizen zurzeit ein billigeres Viehfutter darstellt als Mais. Endlich meldet der Draht auch noch aus vielen Gegenden ein ungeheures Fischsterben, schliesslich Hunderte von Wald- und Feldbränden. Seit 57 Jahren hat Amerika keine Trockenperiode so ungeheuren Ausmasses erlebt als jetzt. Das besonders Tragische ist, dass für die nächste Zeit noch keinerlei Aenderung der mörderischen Witterung zu prophezeien ist.

+ + +
Blutrache in Montenegro. Gelegentlich des Jahrmarktes in Berischlavci am Skutarisee kam es zu einem Handgemenge zwischen den Mitgliedern von zwei seit langem verfeindeten Familien. Nachts setzte sich der Kampf auf eigenartige Weise fort. Die Mitglieder der einen Familie drangen in das Haus der anderen ein und prügelten sie halb tot, ein Sohn erlag den erlittenen Verletzungen. In Montenegro herrscht noch Blutrache, es ist also, obschon die Polizei inzwischen 20 Personen verhaftete, noch mit furchtbarer Vergeltung zu rechnen.

+ + +
Schwere Eisenbahnkatastrophe. 50 Kilometer nordwestlich von Manchester (England), unweit der Eisenbahnstation Preston stiessen zwei vollbesetzte Personenzüge zusammen. Etwa 50 Personen wurden z.T. schwer verletzt.

Nazi=Frank "enthüllt"...

Sturmszenen im Röntgentaler Mordprozess.

SPD, Berlin, 5. August (Eig. Ber.)

Als Dank die Verleumdung!

Im Röntgentaler Mordprozess kam es bei der Vernehmung der Kriminalbeamten zu dramatischen Szenen, da die Verteidiger alles daran setzten, diese peinlicher weil objektiven Zeugen in ein schlechtes Licht zu setzen. Besonders die Vernehmung des Kriminalassistenten Erdmann, der als Beamter der Abteilung I A die Vernehmungen der verhafteten Mörder zuerst durchgeführt hat, kommt es zu stürmischen Auftritten, als der Vorsitzende dem Zeugen mitteilt, der Angeklagte Frank habe erklärt, er, Erdmann, habe ihm im Polizeipräsidium mehrere Mark in die Hand gedrückt und lächelnd gesagt: "Bleiben Sie in der N.S.D.A.P. und liefern Sie mir Material über alle Vorgänge -, dann wird alles gut gehen". Zeuge Erdmann erregt: "Ich erkläre hier unter meinem Eid, dass das eine schmutzige Unwahrheit ist. Ich habe dem Angeklagten, da er weinte und mir erzählte, dass seine Frau schwanger sei, aus Mitleid etwas Geld gegeben, ohne irgendwelche Bedingungen daran zu knüpfen. Es ist gerade zu schädlich von Ihnen, Herr Frank, mein Mitleid derart hinterlistig zu vergelten". Auch der Vorsitzende wird erregt und sagt zu dem Angeklagten Frank: "Es wäre doch wirklich eine bodenlose Gemeinheit von Ihnen, wenn Sie Herrn Erdmann seine Gutmütigkeit so lohnen würden. - -!"

"Das ist üblich bei I A - -!"

Aber die Verteidiger lassen nicht locker, sodass die Staatsanwaltschaft eingreifen muss, um den Kriminalassistenten vor den Angriffen der Verteidiger zu schützen. Rechtsanwalt Hildebrand stellt die Frage: "Stimmt es, dass sich Kollegen von Ihnen im Zuhörerraum befanden, die Ihnen nachher über die Verhandlung berichtet haben?" - "Gewiss war einer meiner Kollegen im Zuhörerraum, besondere Angaben über den Prozessverlauf hat er mir aber nicht gemacht". - "Wissen Sie denn nicht, dass das unzulässig ist?" (!) - "Was soll denn daran unzulässig sein?!" erwidert der Zeuge erregt. Staatsanwalt Stehnik stellt an den Zeugen die Frage, ob es stimme, dass die Protokolle unrichtig abgefasst worden seien, wie einige Angeklagte behauptet hätten. Erdmann erwidert: "Nein, das stimmt nicht. Die Protokolle sind ordnungsgemäss abgefasst und auch von den Angeklagten und Zeugen unterschrieben worden". Rechtsanwalt Dr. Becker ruft: "Einer hat nicht unterschrieben, der Zeuge Wildies nämlich". - "Ich kann ihn doch nicht zur Unterschrift zwingen!" Auch der Vorsitzende stellt fest, dass es nicht das erste Mal sei, dass sich Zeugen oder Angeklagte weigerten, ihre Aussage zu unterschreiben. Herr Hildebrandt besitzt den Geschmack hier dazwischen zu rufen: "Aber bei I A ist das ja geradezu üblich." Der Kriminalassistent sieht den Zwischenrufer ein wenig spöttisch an und sagt: "Ich war darauf vorbereitet, dass die Verteidiger die schärfsten Angriffe gegen die Polizei unternehmen würden. Aber unbesorgt, meine Herren, mir können sie nichts am Zeuge flicken!"

Wer sind die "Strassenräuber"?!

Dem Kriminalassistenten Espe, einem älteren, sehr ruhigen Mann, dessen Aussage über jede Anzweiflung erhaben scheint, wird von Rechtsanwalt Dr. Becker bescheinigt, dass er ein "sinnloses Protokoll" in Sachen eines Belastungszeugen angefertigt habe. Der Staatsanwalt springt erregt auf und weist das unsachliche Vorgehen Dr. Beckers zurück, der daraufhin auf einmal nichts gesagt haben will. Zu einem weiteren Skandal kommt es, als Herr Becker den Antrag eines Kollegen unterstützt, nach dem ein Röntgentaler Zeuge geladen werden soll, der über irgend eine romantische Revolvergeschichte Auskunft geben könnte, die ihm angeblich vor mehreren Monaten passiert ist. Als Vorsitzender und Staatsanwalt den Verteidiger kopfschüttelnd fragen, was denn diese Sache eigentlich

mit dem Röntgentaler Mordprozess zu tun habe, springt der nationalsozialistisch
Anwalt auf und leistet sich die folgende "geschmackvolle" Provokation: "Der
Zeuge soll Auskunft über die Strassenräuber-Manieren geben, die in gewissen Krei-
sen in Röntgental herrschen!" - "Darüber reden wir ja schon während des gan-
zen Prozesses und sind uns über die gewissen Kreise längst klar", gibt Staats-
anwaltschaftsrat Stehnik lächelnd zur Antwort. Dr. Becker muss sich dann noch
einmal an Herrn Erdmann reiben und stellt die Frage an ihn, ob er zu der Zeu-
gin Beckmann gesagt habe, dass in Röntgental mit Dum=Dum geschossen worden sei.
Der Kriminalassistent; "Ich habe nicht von Dum=Dum=Geschossen gesprochen, son-
dern nur gesagt, dass abgeplattete Querschläger, wie ich einen auf dem Röntgen-
taler Kampfplatz fand, schreckliche Verwundungen in der Art von Dum=Dum=Ge-
schossen zu reissen pflegen". Der Staatsanwalt: "Sehr abwegig ist der Gedanke,
dass von den Nationalsozialisten mit Dum=Dum geschossen worden sei, eigentlich
nicht. Ist dem Zeugen bekannt, dass bei Waffenbeschlagnahme in Kreisen der radi-
kalen Rechten Dum=Dum=Munition gefunden worden ist?" Der Zeuge bestätigt das
durch ein Kopfnicken.

Die Aerzte gegen die Angeklagten.

Die Vernehmung der Aerzte, die den erschossenen Kubow und die übrigen Ver-
letzten behandelt haben, bringt mancherlei Interessantes. Der Arzt Dr. Schiller
in Röntgental, der dem angeschossenen Gebauer die erste Hilfe leistete, war bei
seiner ersten Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter der Ansicht, dass das Ge-
schoss, von dem Gebauer getroffen wurde, auch vielleicht von Meisel aus abgege-
ben worden sein könne. Er nahm damals an, dass Gebauer zwei Schüsse erhalten
habe. Inzwischen hat er seine Aussage berichtigt und stellt nun unter grosser
Bewegung im Gerichtssaal fest, dass er es für ausgeschlossen hält, dass die Kugel
von Meisel her kam. Sie müsse aus der Richtung Schillerstrasse (also von
den Nationalsozialisten) abgefeuert worden sein. Der Kreisarzt Medizinalrat
Kühnlein war bei der Obduktion der Leiche des ermordeten Kubow zugegen und be-
richtet ausführlich über die fürchterlichen Verletzungen, die dem fliehenden
Kubow Gedärme und Nieren zerrissen hatten. Er starb an Verblutung und an Ge-
fässverletzungen. Da der Röntgentaler Arzt Dr. Goernecke es als unwahrschein-
lich hingestellt hatte, dass der verletzte Kubow nach der Schussverletzung noch
10 bis 15 Meter gelaufen sei, stellt der Staatsanwalt an den Medizinalrat die
Frage, ob er das auch für unmöglich halte? Dr. Kühnlein erklärt hingegen: "Ich
habe im Felde sehr oft so etwas erlebt." Der Oberassistentarzt am Bernauer
Krankenhaus, Dr. Weimann, hält es für durchaus möglich, dass kräftig gebaute Leu-
te wie Kubow auch bei derartigen Schussverletzungen noch 10 oder sogar 15
Minuten laufen können.

Die letzten Worte des Ermordeten.

Chefarzt Dr. Holzhausen vom Krankenhaus Bernau hat an dem schwerverletzten
Kubow eine Bauchoperation vorgenommen, die jedoch nicht mehr helfen konnte. Kurz
vor der Narkose sprach er mit dem unglücklichen Opfer nationalsozialistischer
Mordsucht noch ein paar Worte. Kubow, der schwer atmete und ganz offensicht-
lich entsetzliche Schmerzen ausstand, sagte röchelnd zu Dr. Holzhausen: "Man
hat mich in Röntgental angeschossen. Beim Fortlaufen hat mich die Kugel von
hinten getroffen. Es waren Nationalsozialisten".

+ + +
Freispruch Dvoraks. Der des Missbrauchs der Amtsgewalt beschuldigte
tschechische Militärarzt Oberstleutnant Dvorak ist vom Divisionsgericht in
Prag freigesprochen worden. Nach dem Ergebnis der Gerichtsverhandlung liegen
keine Beweise dafür vor, dass der Angeklagte eine Anzahl junger prominenter und
finanziell besonders gut gestellter tschechischer Staatsbürger mit oder ohne
Gewinn materieller Vorteile widerrechtlich vom Militärdienst befreit hat.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Freie Bahn dem - Geldbeutel!

Wer darf Schiffsoffizier werden?

SPD. Das Reichsverkehrsministerium hat die Absicht, die bestehenden Vorschriften über die Besetzung deutscher Kauffahrtei-Schiffe mit Kapitänen und Schiffsoffizieren sowie die Bestimmungen über deren Befähigungsnachweis abzuändern. Es handelt sich hier um Dinge, die nicht nur die Seeleute und die Gewerkschaften, sondern auch die breite Oeffentlichkeit interessieren; denn der Berechtigungsfigmel und die Absperrung so vieler Laufbahnen durch allerdhand Bildungsmonopole haben in der jüngsten Zeit wiederholt scharfe Kritik erfahren. Weite Kreise der Bevölkerung wird es interessieren, zu hören, dass auch heute noch für die von unten kommenden Anwärter zum Seemannsberuf ein Aufstieg in die Laufbahn eines Kapitäns und Schiffsoffiziers künstlich abgesperrt ist und abgesperrt bleiben soll.

Die Zulassung zu den Seefahrtsschulen, sowie zu den Kapitäns- und Steuermannsprüfungen ist nach den Plänen des Reichsverkehrsministeriums wie bisher von einer praktischen Fahrzeit auf Segelschiffen, und zwar auf Kauffahrtei oder Schul-Segelschiffen abhängig gemacht. Man könnte der Ausbildung auf Schulschiffen neben der auf Frachtsegelschiffen trotz begründeter Bedenken - das Schulschiff hat keinen Kontakt mit der Wirtschaft und die Segelschiffahrt ist durch die technische Entwicklung zum Absterben verurteilt - zustimmen, wenn die Bedingungen zur Zulassung für die Schulschiffausbildung und die Ausbildung selbst erträglich wären. Wie steht es aber mit den Aufnahmebedingungen? Eingestellt werden Jugendliche von 15 bis 16 Jahren. Wenn sie Obersekundareife haben, dürfen sie 18, wenn sie das Abiturium einer höheren Lehranstalt hinter sich haben, auch 19 Jahre alt sein. Die jungen Leute sollen im allgemeinen kurz vor ihrer Zulassung die Schule verlassen haben und nicht bereits in anderen Berufen tätig gewesen sein. Ueber Ausnahmefälle entscheidet eine besondere Kommission. Waren jugendliche Bewerber schon im Seemannsberuf tätig, dann werden sie grundsätzlich nicht eingestellt.

Und die Kosten? Für Verpflegung, Ausbildung, eventuelle Krankenbehandlung - mit Ausnahme zahnärztlicher Behandlung - für Ausrüstung und Prämie für Effektenversicherung sind für das erste Ausbildungsjahr auf dem Schulschiff 1 258 Mark zu zahlen. Für die weitere Ausbildung als Leichtmatrose auf Frachtschulschiffen - insgesamt bis 20 Monate Segelschifffahrzeit - sind als Pensionsgeld und Prämie für Effektenversicherung im ganzen noch 613 Mark zu zahlen. Freistellen sind auf Schulschiffen nicht vorhanden. Besonders tüchtig und nachweislich bedürftige Schiffsjungen können aus einem Stipendienfonds einen beschränkten Zuschuss für die Kosten des ersten Lehrjahres erhalten. Ein Nachlass der Kosten für das zweite Lehrjahr auf Frachtsegelschiffen erfolgt unter keinen Umständen. Der Vater oder Vormund muss also alles in allem mindestens 2 000 Mark zur Verfügung haben, wenn sein Schutzbefohlener über ein Schulschiff Seemann werden will.

Damit ist den Söhnen der minderbemittelten Bevölkerung der Weg in die höhere Seemannslaufbahn vollkommen versperrt. Er steht nur denen offen, die in der Wahl ihrer Eltern vorsichtig waren. Einem mittleren Beamten, Handwerker oder gar Arbeiter wird es unmöglich sein, aus seinem Einkommen bei einem Zuschuss aus dem Stipendienfonds von einigen hundert Mark noch 1 600 bis 1 700 Mark aufzubringen. Für einen aus der Volksschule kommenden Anwärter wird die Sache - abgesehen von den fehlenden Mitteln - noch schwieriger, weil er

mindestens 15 Jahre alt und vor der Einstellung in keinem anderen Beruf beschäftigt gewesen sein soll. Hat er nun gar nach der Schulentlassung etwa als Schiffsjunge auf einem Dampfer gefahren, dann ist seine Einstellung - trotz etwa vorhandener Geldmittel - gänzlich ausgeschlossen.

Im vorigen Jahr sind, wie aus dem Geschäftsbericht des Deutschen Schiffsvereins zu entnehmen ist, von 555 Bewerbern 203 eingestellt worden; darunter elf Volksschüler; den Stamm bilden die jungen Leute mit Obersekundareife. Die geringe Zahl der eingestellten Volksschüler (fünf Prozent der Zöglinge) ist zweifellos darauf zurückzuführen, dass es bei den Eltern an dem notwendigen Geld mangelt. Warum darf man nicht erfahren, wie viel Volksschüler unter den Bewerbern waren und wie viel wegen Fehlens der Mittel zurückgewiesen wurden.

An der Beantwortung dieser Fragen ist die Oeffentlichkeit schon deswegen interessiert, weil vom Reich und den Hansastädten sowie von den Küstenländern dem Deutschen Schiffsverein jährlich erhebliche Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zufließen. Wir haben nicht gegen die Hergabe solcher Mittel zu Ausbildungszwecken der Schifffahrt, aber die einseitige Verwendung der Mittel und die Auswahl der Zöglinge fordern unseren Widerspruch heraus. Auch sind wir der Auffassung, dass die Ausbildung besonderer Schiffsoffizieranwärter überflüssig würde, wenn alle Seeleute eine ordentliche Ausbildung in vorgeschriebener Lehrzeit erhielten. Bei den Seeleuten des Deckdienstes fehlt es hieran gänzlich.

Das Reichsverkehrsministerium hätte die Aufgabe, hier einmal nach dem Rechten zu sehen. Aber, wer wird von diesem Ministerium Hilfe erwarten? Es hat es ja nicht einmal für nötig gehalten, den Gesamtverband als Vertreter der Seeleute zu den Beratungen über die Neuregelung der Vorschriften für die Laufbahn der Schiffsoffiziere heranzuziehen. Es will vom Volk nichts wissen, so wenig wie die Reeder.

SPD. Vorstand und Beirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner haben dieser Tage in Dresden zum Reichstagswahlkampf Stellung genommen. Der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabg. Scheffel, forderte in seinem Vortrag über die wirtschafts- und organisationspolitische Lage der Eisenbahner auf, zu ihrem Teil mit aller Kraft bei der Wahl dem reaktionären Kurs des organisierten Arbeitgebertums Halt zu gebieten. Scheffels Ausführungen fanden ihre Zusammenfassung in einer einmütig angenommenen Entschliessung, die im wesentlichen folgendermassen lautet:

Der Einheitsverband wird sich jedem Versuch eines Abbaus der Reallöhne mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenstellen, da der hemmungslose Lohn- und Gehaltsabbau die Wirtschaft nicht hebt, wohl aber die produktiv tätigen Teile der Bevölkerung der Verelendung ausliefert. Schärfsten Protest erhebt der Verband gegen die von dem Präsidenten des Verwaltungsrates der Reichsbahn, Herrn von Siemens, an die Reichsregierung gerichtete Aufforderung, sogar durch Rechtsbruch das Einkommen der Eisenbahner zu kürzen. Das Gleiche gilt gegenüber dem chematisch vorgenommenen Personalabbau, sowie der aller Moral und den guten Sitten zuwiderlaufenden Verschlechterung der Lage der Hilfsbeamten. Für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, die Arbeitslosen, fordert die Konferenz Arbeitsbeschaffung und Ausbau der Werte schaffenden Arbeitslosenfürsorge. Angesichts der Bedeutung der Reichstagswahlen für die Zukunft des arbeitenden Volkes und in der klaren Erkenntnis, dass die Regierung Müller seinerzeit nur beseitigt wurde, weil sie sich entschieden für die gewerkschaftlichen Forderungen einsetzte, appelliert die Konferenz an die Eisenbahner und ihre Familienangehörigen, die Sozialdemokratische Partei, die sich als die beste politische Vertretung der Eisenbahner erwiesen hat, bei der Wahl am 14. September mit aller Kraft zu unterstützen.

Die Forderung einer einheitlichen Verkehrspolitik wurde von der Konferenz im Anschluss an einen Vortrag des Vorstandsmitgliedes Jahn über die ve...

kehrspolitische Lage durch eine ebenfalls einstimmig angenommene Entschlies-
sung wirksam unterstützt. In ihr wird darauf hingewiesen, dass nur eine ein-
heitliche Politik der Verkehrsträger (Eisenbahn, Binnenschifffahrt, Kraftver-
kehr und Luftfahrt) die höchstmögliche Wirtschaftlichkeit erzielt. Eine ge-
rechte Verteilung der Reparationslasten sei eine wichtige Voraussetzung für
eine einheitliche Verkehrspolitik. Alle wichtigen Verkehrsinstitute seien ge-
meinwirtschaftlich vom Reich zu betreiben. Bezüglich der Beförderungs- und
Haftpflicht, sowie der Tarifgestaltung müssten die öffentlichen Verkehrsunter-
nehmungen die gleiche gesetzliche Behandlung erfahren. Ebenso sei eine ein-
heitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie der sozialen Einrich-
tungen für das Personal anzustreben. Die Herstellung und Erhaltung der Fahr-
wege sei in erster Linie Aufgabe der in Frage kommenden Verkehrsunternehmun-
gen. Das gelte vor allem für den sich ständig entwickelnden Kraftwagenver-
kehr. Während die Reichsbahn vor allem volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfül-
len habe, verfolgten die übrigen Verkehrszweige überwiegend privatwirtschaft-
liche Interessen. Aus dieser Verschiedenheit des Wirtschaftszieles ergebe sich
der schädigende Kampf zwischen den Verkehrsträgern, und dieser Kampf führe
nur zu einer Vergeudung von Volksvermögen.

SPD. Die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten hat auch bei den
Eisenbahnen empfindliche Rückschläge hervorgerufen. Wie aus dem Bericht der
zwischenstaatlichen Bundeskommission hervorgeht, war der Beschäftigungsgrad
bei den Bahnen durchschnittlich 6,59 Prozent geringer als in der gleichen Zeit
des Vorjahres. Die Arbeiterschaft in den Betriebs- und Reparaturwerkstätten
hatte am meisten unter Entlassungen zu leiden; dagegen wurden von den Direkto-
ren und hohen Angestellten nur 0,57 Prozent "abgelegt".

SPD. Wann kommen die Notstandsarbeiten in Gang? Die massgebenden Stellen
rechnen damit, dass spätestens Ende August die Tätigkeit der neuen Gesell-
schaft für öffentliche Arbeiten sich praktisch in der Aufnahme von Notstands-
arbeiten auswirken wird. Hoffentlich ist diese Schätzung richtig. Jedenfalls
brauchen Verzögerungen nicht einzutreten, denn es sind genug ausgearbeitete
Projekte für Notstandsarbeiten vorhanden, die seinerzeit nur infolge des Ver-
siegens der Mittel zurückgestellt werden mussten. Die Gesellschaft braucht so-
zusagen nur in die Schublade zu greifen und die fertigen Projekte herausholen.
Trotzdem ist eine sehr genaue Prüfung der Projekte am Platze. Denn nur
rentable Arbeiten und solche, die möglichst viel Hände beschäftigen, dürfen
in Frage kommen; ebenso müssen bei der Durchführung der Notstandsarbeiten
vor allem die Landstriche berücksichtigt werden, die besonders schwer unter
der Krise leiden.

Einstweilen rechnet man auf einen Jahresdurchschnitt von rund 70 000
Notstandsarbeitern, die durch die neuen Arbeiten Beschäftigung finden sollen.
Das ist angesichts der Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt nicht viel, aber man
wäre schon zufrieden, wenn endlich einmal irgendwo und irgendwie mit der För-
derung der Notstandsarbeit ein Anfang gemacht würde. Wenn der nicht zu glei-
cher Zeit mit eiserner Faust der Entlassungswut des Unternehmertums eine
Schranke gesetzt wird, dann sind auch alle Notstandsarbeiten für die Katze;
denn die Arbeitskräfte sind schneller und leichter auf die Strasse geworfen
als wieder in Beschäftigung gebracht.

SPD. In Mährisch-Ostrau haben die Bergarbeiter-Organisationen es durch-
gesetzt, dass die von den Grubenunternehmungen beabsichtigte monatliche Lohn-
auszahlung, die an Stelle der bisherigen Zahlungsperiode von 14 Tagen treten
soll, einstweilen bis zur Entscheidung der Behörden unterbleibt.

Wirtschaft Technik Handel

Preissenkung im Reichswirtschaftsrat.

Vorläufig wird geredet.

SPD. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, der sich mit der Frage der Kartellpreise zu beschäftigen hat, ist am Dienstag zusammengetreten. Man hat am Dienstag vorgezogen, ganz allgemein über die Probleme zu reden. Diese Aussprache, bei der nichts herausgekommen ist, soll am Mittwoch fortgesetzt werden. Hoffen wir, dass man die fruchtlosen allgemeinen Erörterungen bald abstellen und weniger reden und mehr handeln wird.

Das setzt voraus, dass die Regierung etwas gegen den Kartellwucher unternehmen will. Vom Willen der Regierung hängt alles ab. In diesem Zusammenhang interessiert eine Ansprache, mit der der langjährige Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und jetzige stellvertretende Wirtschaftsminister Dr. Trendelenburg die Sitzung einleitete. Seine Rede brachte nichts Neues, dafür aber einige charakteristische Sätze, die gewissermassen Anhaltspunkte für den Verlauf der ganzen Aktion bieten. Trendelenburg sprach nach dem amtlichen Bericht davon, dass die Reichsregierung bisher mit "Hilfe ihres Beschaffungsprogramms" einen "Einbruch in das bestehende Preissystem erreicht" habe und sie kartellmässige Hemmungen der Preissenkung durch "vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskreisen" beseitigen will. Alles das haben wir bereits gehört. Die Wirtschaftskreise, mit denen man "vertrauensvoll zusammenarbeiten" will, haben auch bereits treffende Proben für ihre Bereitwilligkeit zu diesem "vertrauensvollen Zusammenarbeiten" gegeben, die äusserst merkwürdig anmuten.

Wir verweisen dabei auf die Massenentlassungen der Berliner Grossindustrie. Diese Massenentlassungen stehen schon lange auf dem Programm der Berliner Grosskonzerne. Man hätte sie, wenn die Ereignisse der letzten Wochen nicht gekommen wären, langsam und allmählich durchgeführt. Jetzt macht man sie zu einem Instrument im Kampf für den Kartellpreis. Diese Dinge liegen doch so, dass die Berliner Grossindustrie auf die Absicht der Reichsregierung, im Zusammenhang mit der Herausgabe des Beschaffungsprogramms Preisermässigungen zu erzielen, mit der Massenentlassung von Angestellten drohte und auch zu Kündigungen überging. Wie man angesichts dieser klaren Tatsache im Zusammenhang mit dem Beschaffungsprogramm von "Einbruch ins Preissystem" sprechen und auf eine ehrliche Mitarbeit der Wirtschaftskreise rechnen kann, bleibt wohl ein Geheimnis des gegenwärtigen Reichswirtschaftsministers.

Eine merkwürdige Probe von vertrauensvoller Zusammenarbeit haben auch die Markenartikelfabrikanten gegeben. Es scheint so, als ob die Regierung mit dem Abbau der Markenartikelpreise einen Erfolg erzielen will, der ihrem Prestige und den Wahlaussichten der Regierungsparteien zugute kommen soll. Nun haben vor einigen Tagen, wie der "Soz.-Pressedienst" erfährt, Besprechungen mit der Markenartikelbranche, insbesondere mit den Markenartikelfabrikanten, stattgefunden. Die Markenartikelfabrikanten stellten sich auf den Standpunkt, dass sie nichts dagegen haben, wenn man die letzten Verkaufspreise für Markenartikel senke, sie selbst aber könnten ihre Preise nicht ermässigen. Sie hätten grosse Unkosten - das sind die berühmten wissenschaftlichen Unkosten z.B. bei der Herstellung von Zahnpasta und Schuhcreme - und nähmen dem Einzelhandel die Kosten

für die Reklame ab. Das heisst mit anderen Worten: Wenn die Regierung schon zu ihrem sehnlichstgewünschten Prestigeerfolg kommen und die Markenartikelpreise senken will, dann soll der Einzelhandel die ganze Last tragen. Der schwächste Teil in der Markenartikelbranche soll damit getroffen werden. Man will nach unten treten, aber an den Kartellwucher der Grossen nicht rühren. Wir stellen uns eine Bekämpfung des Kartellwuchers etwas anders vor. Leider wird unsere Forderung, dass insbesondere die Profitquote der Fabrikation angefasst und ermässigt wird, im Lager der Regierungsparteien nicht geteilt. So sieht die Mittelstandspolitik dieser Parteien aus, die bei den Wahlen auf die Stimmen des Einzelhandels reflektieren.

Die erste Sitzung des Reichswirtschaftsrats hat immerhin gezeigt, dass die Preissenkungsaktion der Reichsregierung auf Abwege geraten ist. Wir haben immer betont, dass man sich in der Notverordnung eine Waffe geschaffen hat, mit der man etwas gegen den Kartellwucher ausrichten kann. Man muss aber diese Waffe anwenden wollen und man muss wissen, gegen wen man sie anwenden will. Wenn man schon einmal eine Notverordnung schafft und das Kartellgesetz verschärft, wie das die Reichsregierung getan hat, dann muss man wissen, weshalb man das getan hat; dann muss man wissen, wie die Preise durch Kartellwucher überhöht sind. Dann erübrigen sich auch die Fragen, die man an den Reichswirtschaftsrat gestellt hat und die darauf hinauslaufen, die ganze Aktion tot zu reden und auf die lange Bank zu schieben, um hinterher eventuelle Preissenkungen, die durch die ganze Wirtschaftslage bedingt sind, für die Regierung und die Preissenkungsaktion der Regierung in Anspruch zu nehmen. Wir fordern, dass die Regierung jetzt endlich Nägel mit Köpfen macht. Dass es Kartellwucher in Deutschland gibt, darüber kann nicht gestritten werden. Dieser Wucher ist der Regierung ebenso gut bekannt, wie uns. Wenn das nicht der Fall sein sollte, dann kann sie sich bei der Kartellstelle des Reichswirtschaftsrats ausreichend informieren. Die Regierung sollte das Material der Kartellstelle einmal anfordern und konkrete Fälle herausgreifen und sie dem Reichswirtschaftsrat vorlegen. Bei einem solchen Vorgehen käme etwas für die Preissenkung heraus. So lange die Regierung das nicht tut, ist ihre ganze Aktion Mache und Theaterdonner, einzig und allein auf die Wahlagitation zugeschnitten.

SPD. Kann man eigentlich von einem Krisenjahr reden, wenn sich allein die offenen Reserven in einem Konzern auf das Fünffache des Aktienkapitals angesammelt haben? Die Aschinger A.G., die Hotels, Restaurants, Bäckereien, Schlächtereien usw. unterhält, weist bei einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark nicht weniger als 13,70 Millionen Mark offene Reserven aus. Dabei bleiben die stillen Reserven unberücksichtigt. Nun hat die Aschinger A.G. in Berlin auch ein Beitrag zur Bodenpolitik durch Grundstücksverkäufe gut abgeschlossen. Aber auch wenn das nicht der Fall wäre, merkt man beim Aschinger-Konzern vom Krisenjahr sehr wenig. Allerdings wird auch vom Publikum über die hohen Preise bei Aschinger mehr als je geklagt.

Aschinger erniedrigt seine Dividende für das verflossene Jahr von 12 auf 9 %. Dafür wird angeführt, dass sich der Reingewinn von 531 000 Mark auf 395 000 Mark gesenkt hat. Das ist Spiegelfechterei. Betrachten wir die Ertragsrechnung, so ergibt sich, dass sich die Abschreibungen von 911 000 Mark auf 1,397 Millionen Mark erhöhten. Man hat es also für das Krisenjahr für notwendig befunden, die Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr fast um eine halbe Million Mark zu steigern. Der Verringerung des Reingewinns um etwa 140 000 Mark steht eine Erhöhung der Abschreibungen um 486 000 Mark gegenüber.

So etwas schreit aber nach Lohnabbau, um zu einer "besseren Rentabilitätsentwicklung" zu kommen. Kommentar ist wohl überflüssig.

SPD. Der Reichsstädtebund hat eine Erhebung über die Steuereinnahmen der kleinen und mittleren Städte durchgeführt. Aus ihr geht hervor, dass in Preussen die kleinsten Städte bis zu 2 000 Einwohnern etwa 30 Mark je Kopf der Bevölkerung durchschnittlich an Steuern vereinnahmen, die Städte von 2 001 bis 5 000 Einwohnern etwa 40 Mark, die Städte von 5 001 bis 10 000 Einwohnern 48 Mark und die Städte von 10 001 bis 25 000 Einwohnern nahezu 70 Mark. In Freistaat Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe liegen die durchschnittlichen Einnahmen je Kopf der Bevölkerung im allgemeinen unter dem Durchschnitt für Preussen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Lastenverteilung und Steuerverteilung in den einzelnen Ländern sehr verschieden geregelt ist. In einigen hessischen, hamburgischen und schauburg-lippischen Orten errechnen sich zum Teil höhere Durchschnitte. In Preussen selbst zeigen sich starke Abweichungen von dem Gesamtdurchschnitt in den einzelnen Provinzen, vor allem sind in den östlichen preussischen Provinzen die Steuereinnahmen häufig niedriger als im Durchschnitt.

SPD. Der Pfandbriefabsatz, der im Monat Juni gegenüber dem Vormonat - was sich aus saisonmässigen Gründen erklärt - zurückgegangen ist, beträgt für das erste Halbjahr 1930 rund 800,5 Millionen Mark gegenüber 360,3 Millionen Mark im ersten Halbjahre 1929 und 768,3 Millionen Mark im ersten Halbjahre 1928. Für den Absatz im ersten Halbjahr 1929 kam ausschliesslich das Inland in Frage. Dasselbe gilt auch für den Absatz von Kommunalobligationen, der die Summe von 298,5 Millionen Mark erreicht gegenüber 132 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1929 und 360,4 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1928.

Raufutternotierungen.

(Berlin, den 5. August)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	0.90	-	1.00
" " Weizenstroh	"	0.75	-	0.90
" " Haferstroh	"	0.60	-	0.80
" " Gerstenstroh	"	0.60	-	0.80
Roggen Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	"	0.80	-	1.00
Bindfadengepresstes Roggenstroh	"	0.65	-	0.80
" " Weizenstroh	"	-	-	-
	Tendenz	still		
Häcksel	"	1.40	-	1.55
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	"	1.55	-	1.90
Gutes Heu, gesund und trocken	"	2.10	-	2.40
Luzerne, lose	"	-	-	-
Thymothee, lose	"	2.50	-	2.90
Kleeheu, lose	"	2.50	-	2.80
Mielitz=Heu, lose, rein	"	-	-	-
" " " (Warthe)	"	-	-	-
" " " (Havel)	"	-	-	-
Drahtgepresstes Heu	"	0.40	über	Notiz.
	Tendenz	stetig.		

SPD. Vor einigen Tagen sind die Preise für Kupferbleche ganz gewaltig heruntergesetzt worden. Es handelt sich, nebenbei gesagt, um die einzige Preissenkung grösseren Umfangs, die wir konstatieren können, seitdem die Regierung Brüning ihre Preissenkungsaktion ankündigte. Man darf aber die Preissenkung für Kupferbleche nicht mit der Aktion der Reichregierung in Beziehung bringen. Die Dinge liegen anders und sind für die Beurteilung des Kartellwuchers äusserst interessant.

Die Kupferwalzwerke, die hauptsächlich ihren Sitz in Westdeutschland haben und fast durchweg den grossen Montankonzernen angeschlossen sind, sind stark kartelliert. Mit Hilfe des Kartells gelang es, die Profitquoten scharf in die Höhe zu treiben. Der Walzaufschlag, also der Aufschlag, der auf den Kupferpreis genommen wurde, betrug lange Zeit 62 Mark. Bei einem Kupferpreis von 180 Mark pro 100 Kilogramm entfielen auf die Verarbeitung etwa 33% des Kupferpreises. Während der Zeit ist der Kupferpreis ungefähr auf 105 Mark zurückgegangen. Der Walzaufschlag erhöhte sich damit auf etwa 60% des Kupferpreises.

Natürlich bekam der Konsument von der Senkung der Kupferpreise nichts zu spüren. Der Profit floss in die Taschen der Unternehmer. Wo aber Aas ist, da sammeln sich die Geier. In diesem Fall heisst das, die hohe Profitquote bei den Kupferwalzwerken lockte Konkurrenten und Aussenseiter an und zwar waren es die unter der Krise leidenden westdeutschen Messingwalzwerke, die sich kurz entschlossen auf das Walzen von Kupferblechen umstellten. Es wurden lange Zeit Verhandlungen geführt, um die Konkurrenz zu beseitigen. Die Forderungen der Messingwerke, die sehr hohe Quoten verlangten, gingen aber den Kupferwalzwerken zu weit, so dass sie sich zur Niederringung der Konkurrenz entschlossen. Es begann damit der Kampf gegen die Aussenseiter und zwar wurde dieser Kampf so geführt, dass der Walzaufschlag von 62 Mark auf 42 Mark zurückgesetzt wurde. Er macht damit etwa 40% des Kupferpreises aus.

Das Beispiel beweist, mit welchem hohen Profitquoten in der schweren Industrie gearbeitet wird, und beweist ferner, dass eine radikale Preisherabsetzung durchaus möglich ist. Die Preisherabsetzung wird aber von der Schwerindustrie beliebt, wenn es sich um Niederringung von Konkurrenten handelt. Gegenüber dem Appell der Regierung für eine Preissenkung zeigen sich taube Ohren und die Regierung hat nicht die Kraft, diese Ohren hören zu machen.

Auch mit einem Walzaufschlag von 42 Mark kommen die Kupferwalzwerke gut aus. Der Walzaufschlag liegt damit noch um 9 Mark über dem Preis, den man im Frieden bezahlte. Auch dieser Aufschlag ist noch unberechtigt, wenn man bedenkt, dass die Kupferwalzwerke stark mechanisiert und die Leistung pro Kopf bespielslos gesteigert haben.

SPD. Die in Paris stattgefundenen Stickstoffverhandlungen haben zu einem Abschluss geführt. Einzelheiten über die Abmachungen liegen noch nicht vor. Allem Anschein nach handelt es sich um eine grundsätzliche Einigung, die noch Einzelverhandlungen erfordert und die nur für ein Jahr läuft. Bemerkenswert ist, dass die Chilesalpeterindustrie sich an den Abmachungen beteiligt hat.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 5 August: I. 142 Mark, II. 139 Mark, III. 114 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

Westdeutsche Mühlen halten zurück.

(Berliner Getreidebörse vom 5. August.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse nahm am Dienstag einen recht ruhigen Verlauf, obwohl aus Amerika Haussemeldungen vorlagen. Am Markte der Zeitgeschäfte war das Geschäft nur gering und die Tendenz für Roggen und Weizen ziemlich unverändert, eher nach unten gerichtet. In effektiver Ware hatte sich das Angebot an Roggen und Weizen beträchtlich vermehrt. Roggen wurde aus Ostpreussen und aus der Mark stark angeboten, während die Offerten aus den Küstenprovinzen noch ziemlich klein blieben. Weizen war gleichfalls in genügender Menge vorhanden, aber nicht leicht verkäuflich, da die westdeutschen Mühlen mit ihren Anschaffungen noch sehr zurückhielten. Der Mehlmarkt hatte sich kaum belebt. Vielfach wurde versucht, für Weizenmehl etwas höhere Preise zu erzielen, was aber nur in Ausnahmefällen gelang. In Futtergerste hatte sich ein ziemlich lebhaftes Geschäft entwickelt, die Preise konnten sich hier befestigen. Auch in Braugerste begann sich das Geschäft zu regen; jedoch waren die Preise infolge der unterschiedlichen Qualitäten sehr verschieden. Hafer hatte geringes Angebot, aber auch nur knappe Kauflust zu verzeichnen.

	<u>4. August</u>	<u>5. August</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	249 - 252	244 - 247
Roggen	158 - 161	158 - 161
Braugerste	-	-
Futter- und Industriergerste	174 - 197	175 - 198
Hafer	-	-
loco Mais Berlin	180 - 188	180 - 188
Weizenmehl	30,50 - 38,00	30,00 - 37,50
Roggenmehl	22,50 - 25,00	22,50 - 25,00
Weizenkleie	9,65 - 10,25	9,65 - 10,00
Roggenkleie	9,75 - 10,40	9,75 - 10,25
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen September 257 - 256 ¹ / ₂ , Oktober 258 ¹ / ₂ - 258, Dezember 265 und Geld. Roggen September 173-172 ¹ / ₂ , Oktober 176 ¹ / ₂ - 176, Dezember 186-185 ¹ / ₂ , Hafer September 182 ¹ / ₂ -180 ¹ / ₂ , Oktober 183 ¹ / ₂ -182 ¹ / ₄ , Dezember 186 ¹ / ₂ -185 ¹ / ₂ .		

Berliner Viehmarkt.

(5. August)

SPD. Auf dem Dienstagmarkt setzten sich höhere Preise für Kälber und Schweine durch. Die Entwicklung beruht durchweg auf einer zu geringen Beschickung, was für den Schweinemarkt mehr als für den Kälbermarkt zutrifft. Nach dem Bericht der Viehzentrale war auf dem Schweinemarkt der Auftrieb um 1000 Stück geringer als vor 8 Tagen. Schwere Kälber und fette Schweine waren schwer verkäuflich. Auf dem Rindermarkt gab es bei genügendem Auftrieb langsames Geschäft bei nachgebenden Preisen.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 43-47 (voriger Markt 44-50), b) 37-41 (39-43), c) 32-34 (34-36), d) 28-31 (29-32, Kälber: a) - (-), b) 68-75 (66-74), c) 63-72, (62-70), d) 52-62 (50-60), Schweine: a) (über 300 Pfund) 64-66 (63-64), b) (240-300 Pfund) 66-70 (64-66), c) (200-240 Pfund) 69-70 (65-67), d) (160-200 Pfund) 67-69 (64-66), e) (120-160 Pfund) 64-66 (62-63), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 62-63 (61-62).